

EU-Nachrichten 19 2017

KURZ & KNAPP

Konferenz in Bonn 3

Fortschritte bei Umsetzung des Klimaschutzabkommens

IM FOKUS

Verteidigungskooperation 4

Schutz der Bürger soll effizienter werden

Europäisches Semester 6

Positiven Konjunkturtrend weiter stützen

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 14. Dezember 2017.

UMZUG VON EU-AGENTUREN

Amsterdam und Paris bekommen den Zuschlag

In Folge des Brexit zieht die EU-Bankenaufsicht (EBA) von London nach Paris um und die Arzneimittelbehörde (EMA) von London nach Amsterdam. Das haben die 27 verbleibenden Mitgliedstaaten beschlossen. Am Ende eines mehrstufigen Abstimmungsverfahrens entschied in beiden Fällen das Los. Deutschland hatte sich mit Frankfurt am Main für die EBA und mit Bonn für die EMA beworben. Beide schafften es nicht in die Stichwahl. Insgesamt hatten 23 Städte Interesse an einer der Agenturen bekundet.

Die EU-Kommission begrüßte die Entscheidung. Sie wird nun einen Vorschlag vorlegen, um die Umzüge gesetzlich zu verankern. Die Europäische Bankenaufsicht wurde 2011 gegründet und hat 170 Mitarbeiter. Die Arzneimittelbehörde hat fast 900 Mitarbeiter. Seit ihrer Gründung 1995 hat sie rund 1.100 Medikamente zugelassen.

EU-Agenturen werden verlegt



Credit © European Union, 2017

20 GRUNDSÄTZE FÜR GERECHTERES EUROPA PROKLAMIERT

EU bekennt sich zu sozialen Werten

Das europäische Sozialmodell ist eine Erfolgsgeschichte und hat die EU laut Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker „zu einem erstklassigen Lebens- und Arbeitsort gemacht“. Um die sozialen Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger auch in einer sich rasch wandelnden Welt zu schützen, haben EU-Staaten, Europäisches Parlament und EU-Kommission beim EU-Sozialgipfel in Göteborg eine „Europäische Säule der sozialen Rechte“ proklamiert.

> Es handelt sich um eine Liste von 20 sozialen Grundprinzipien und sozialen Rechten, zu denen sich die Institutionen bekennen. Der Katalog wurde im April von der Kommission vorgeschlagen und von Ministerrat und Parlament gebilligt sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützt.

„Dies ist ein entscheidender Moment für Europa“, sagte Juncker. „Unsere Union ist im Grunde schon immer ein soziales Projekt gewesen. Sie ist mehr als nur ein Binnenmarkt, es geht um mehr als Geld, um mehr als den Euro. Es

geht um unsere Werte und um die Art, wie wir leben wollen“, erklärte der Kommissionspräsident. Die Erklärung soll eine politische Verpflichtung sein und Mitgliedstaaten und EU-Institutionen Hinweise zur Umsetzung der sozialen Rechte geben. Das soll die soziale Dimension der EU stärken. „Europa lässt langsam die Jahre der Wirtschaftskrise hinter sich, aber hat die größte soziale Krise noch nicht überwunden, die es seit Generationen erlebt hat“, sagte Juncker. „Wir alle stehen vor den Herausforderungen von Jugendarbeitslosigkeit, Ungleichheit und einer sich wandelnden Arbeitswelt“.

>>

SOZIALE THEMEN STEHEN BEI EU-BÜRGERN HOCH IM KURS

„Was würden Sie für am hilfreichsten für die Zukunft der EU halten?“

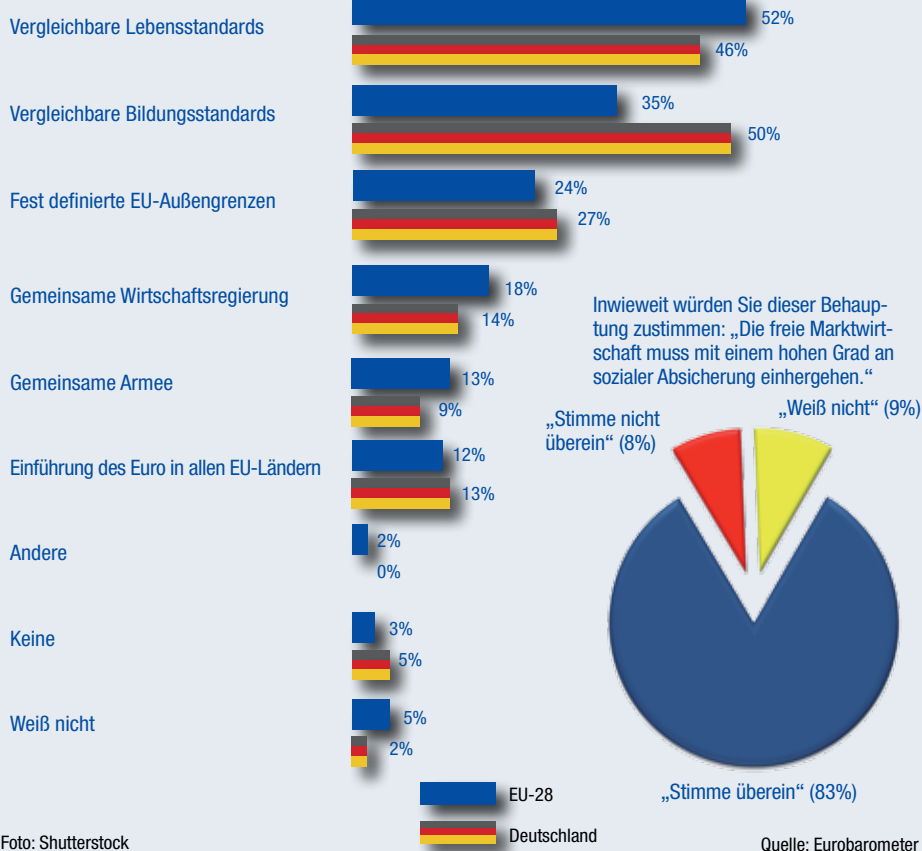


Foto: Shutterstock

>> Mit der Säule der sozialen Rechte „beweisen wir unsere Entschlossenheit, die Rechte auf Gleichheit, Fairness und Chancen zu schützen und aufrechtzuerhalten, für die wir alle einstehen und auf die alle Bürger Anspruch haben“, sagte Juncker. Die Proklamation müsse „ein erster Schritt von vielen in diese Richtung“ sein.

Bei der Liste handelt es sich teils um Abwandlungen bereits auf EU-Ebene oder in den Mitgliedstaaten bestehender Grundsätze. Sie sind in drei Kategorien gruppiert: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen in dynamischen Arbeitsmärkten sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Die Palette reicht vom Anspruch auf ein Mindesteinkommen, Mitbestimmungsrechten, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, über Gleichberechtigung der Geschlechter bis zum Recht auf Kinderbetreuung, Wohnung, Pflege, Zugang zu Gesundheitsversorgung und Integration von Behinderten.

Bereits drei Tage nach dem Göteborger Gipfel ließ die Kommission der Proklamation die nächsten konkreten Schritte folgen. Sie leitete

die zweite Runde der Gespräche mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden darüber ein, wie auch Selbstständige und Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen einen besseren Zugang zu Sozialschutzsystemen bekommen können.

Die Durchsetzung der proklamierten sozialen Grundrechte ist Sache von Mitgliedstaaten, Sozialpartnern und EU-Institutionen. Auf EU-Ebene sollen die Rechte unter anderem durch Gesetzesinitiativen ausgestaltet werden. Dazu zählt die Kommission etwa ihren Richtlinien-vorschlag vom April zu einer besseren „Work-Life-Balance“ mit dem ein Rechtsanspruch auf nicht übertragbare Elternzeit eingeführt werden soll. Die Durchsetzung bestehender Rechte soll verbessert werden, etwa durch Leitlinien wie die zur Anwendung der Arbeitszeitrichtlinie. Im Frühjahr will die Kommission die Einrichtung einer europäischen Arbeitsmarktbehörde vorschlagen, die sich um die kohärente Durchsetzung von Arbeitsrechten kümmern soll.

Die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten soll künftig auch in einem „Sozialanzeiger“ fest-

gehalten werden. Dieser soll unter anderem Grundlage für Diskussionen über soziale Themen im „Europäischen Semester“ sein, dem Prozess, in dem die EU-Staaten ihre Wirtschaftspolitik für das kommende Jahr miteinander abstimmen. Projekte, die soziale Rechte stärken, könnten auch aus dem EU-Haushalt gefördert werden, etwa über den Europäischen Sozialfonds (ESF), so die Kommission.

Europäischer Bildungsraum vorgeschlagen

Als weiteren Beitrag zum Sozialgipfel präsentierte die EU-Kommission ihre Vorstellungen, wie ein „europäischer Bildungsraum“ aufgebaut werden könnte. „Bis 2025 sollten wir in einem Europa leben, in dem wir lernen, studieren und forschen können, ohne von Grenzen behindert zu werden, und in dem es die Norm ist, eine Zeit lang in einem anderen Mitgliedstaat zu lernen, zu studieren oder zu forschen,“ erklärte Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen.

Die Kommission schlägt unter anderem eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei den Lehrplänen vor, einen „europäischen Studentenausweis“ zur Dokumentation akademischer Leistungen, die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse von der Schule bis zur Hochschule und eine Ausweitung von Austauschprogrammen wie Erasmus+. Alle Mitgliedstaaten sollten ihre Bildungsausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern.

„Bildung hilft uns, uns an eine Welt im raschen Wandel anzupassen, eine europäische Identität zu entwickeln, andere Kulturen zu verstehen und die neuen Fertigkeiten zu erwerben, die wir in einer mobilen, multikulturellen und zunehmend digitalen Gesellschaft brauchen“, erklärte EU-Bildungskommissar Tibor Navracsics. (frh) >

20 Grundsätze für ein sozialeres Europa

Europäisches Kulturerbejahr

2018 wird das Europäische Jahr des Kulturerbes. Die EU-Kommission schlägt vor, dessen Dynamik zu nutzen und eine europäische Agenda für Kultur zu entwickeln. Dazu soll eine Empfehlung des Minister-rats über gemeinsame Werte und die europäische Dimension von Unterricht und Lehre gehören. Ziele der Agenda sollen der Schutz des kulturellen Erbes und die Stärkung des Bewusstseins für eine europäische Identität und Kultur sein.

KLIMASCHUTZKONFERENZ IN BONN

Cañete sieht Fortschritte bei Umsetzung von UN-Abkommen

Knapp zwei Wochen lang haben sich Delegierte aus 197 Ländern in Bonn damit beschäftigt, wie das vor zwei Jahren in Paris ausgehandelte UN-Klimaschutzabkommen mit Leben erfüllt werden kann. „Der Geist von Paris ist sehr lebendig“, bilanzierte EU-Energie- und Klimaschutzkommissar Miguel Arias Cañete. „Aber wir müssen in den kommenden Monaten weiter auf dieser Dynamik aufbauen, denn es liegt noch viel Arbeit vor uns, bevor wir uns im nächsten Jahr in Kattowitz treffen. Das Hauptziel muss es sein, den vor zwei Jahren in Paris vereinbarten Kurs zu halten“, sagte Cañete. Großes Thema in Bonn war die Arbeit an Regeln, wie Klimaschutzangebote einzelner Länder gemessen und vergleichbar gemacht werden können. Hier hat es laut Kommission Fortschritte gegeben.

Ziel ist es, bis Ende 2018 ein Regelbuch fertigzustellen. Vereinbart wurde, bei den UN-Konferenzen 2018 und 2019 zu prüfen, welche

Fortschritte es beim Klimaschutz und beim Aufbau eines Fonds gegeben hat, der ärmeren Ländern bei Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel helfen soll. Die EU wies darauf hin, dass sie ihr Ziel, den CO₂-Ausstoß 2020 um 20 Prozent unter den von 1990 zu drücken, mit 23 Prozent bereits übererfüllt habe. Bei der Klimaschutzhilfe für Entwicklungsländer sei die EU 2016 mit einem Beitrag von 20,2 Mrd. Euro größter Geber gewesen. Die EU will den Prozess weiter vorantreiben. Etwa beim „One Planet Summit“ am 12. Dezember in Paris, wo Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die EU-Delegation leiten wird.

■ *Konkrete Schritte für den Klimaschutz*



EINIGUNG ÜBER EU-HAUSHALT 2018

Mehr Geld für Wachstum und Investitionen

Im EU-Haushalt stehen im kommenden Jahr 144,7 Mrd. Euro für Ausgaben zur Verfügung. Auf diese Erhöhung von 14,1 Prozent gegenüber dem laufenden Jahr einigten sich Vertreter der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Für Zahlungsverpflichtungen, also Mittel, die in einem Jahr vertraglich zugesagt werden können, sind 160,1 Mrd. Euro vorgesehen, 0,1 Prozent mehr als 2016. Das meiste Geld soll im kommenden Jahr mit 66,6 Mrd. Euro für wachstumspolitische Initiativen sowie für Kohäsionspolitik ausgegeben werden. Für die Landwirtschaft stehen 56 Mrd. Euro zur Verfügung.

„Der Haushalt soll jedem zugutekommen“, so EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger. „Er wird für mehr Arbeitsplätze, mehr Wachstum und mehr Investitionen sorgen.“ Die EU werde mit dem neuen Haushalt stärker, erklärte der deutsche Finanzstaatssekretär Jens Spahn. „Schlüsselpolitiken mit europäischem Mehrwert wie Forschung und Entwicklung, das Europäische Asylsystem, der europäische Grenzschutz und die europäische Polizeizusammenarbeit werden zusätzlich aufgestockt. Der EU-Haushalt enthält außerdem mehr Mittel für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Erasmus.“ Kürzungen erfolgten etwa bei den Vorbeitrithilfen für die Türkei.

■ *EU-Haushalt 2018 beschlossen*

JUSTIZSYSTEM UND KORRUPTION

Bulgarien und Rumänien machen Fortschritte

Rumänien und Bulgarien machen Fortschritte bei der Justizreform und der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, allerdings bleibt noch viel zu tun. „Rumänien hat einige unserer Empfehlungen umgesetzt, aber bei den anderen sind die Fortschritte nicht ausreichend“, sagte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission, bei der Vorstellung des jährlichen Fortschrittsberichts. In Bulgarien lobte er den Fortschritt in vielen Bereichen. Das Land habe mehrere der Empfehlungen der EU-Kommission vom Januar umgesetzt oder sei auf dem Weg, es zu tun.

Das Kooperations- und Kontrollverfahren für die Innen- und Justizpolitik beider Länder ist wegen Mängeln eingeführt worden, die beim EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Januar 2007 noch bestanden. Jetzt gab die Kommission den Regierungen in Bukarest und Sofia erneut Empfehlungen, deren Umsetzung zu einem Ende des Verfahrens führen soll. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat als Ziel ausgegeben, dass dies bis zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 2019 erfolgen soll. Timmermans zählt drauf, dass beide Regierungen die notwendigen Reformen verfolgen und Rückschritte vermeiden. Die nächsten Fortschrittsberichte wurden für Ende 2018 angekündigt.

■ *Fortschrittsberichte*

EU-MIGRATIONSPOLITIK

Deutlich weniger irreguläre Grenzübertritte

Die Zahl der irregulären Grenzübertritte in die EU hat an den wichtigsten Migrationsrouten 2017 um 63 Prozent abgenommen. „Wir verlassen allmählich den Krisenmodus – wir steuern jetzt Migration im Geiste der Partnerschaft und der geteilten Verantwortung innerhalb wie außerhalb der EU“, sagte der für Migration und Inneres zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. „In den letzten zwei Jahren war unsere ganze Kraft darauf gerichtet, eine der größten Herausforderungen unserer Zeit auf humane, aber dennoch effektive Weise zu meistern“, so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.

Die EU habe UN-Organisationen unterstützt, die Menschen in Not helfen und ihnen bei der freiwilligen Rückkehr zur Seite stehen. Sie habe die Investitionsoffensive für Drittländer auf den Weg gebracht, um Ursachen der Migration zu beseitigen. Seit September 2015 wurden über 25.700 als schutzbedürftig eingestufte Personen aus Flüchtlingslagern in die EU geholt. Bis Oktober 2019 soll mindestens 50.000 weiteren dieser legale Weg in die EU ermöglicht werden. Bislang haben 16 Mitgliedstaaten 34.400 Plätze zugesagt. Von Menschen ohne Bleiberecht kehrten noch zu wenige in die Heimat zurück. Die Kommission forderte alle zuständigen Stellen auf, ihr Engagement hier zu verstärken.

■ *Europäische Migrationsagenda*

EU-Staaten wollen ihre Bürger effizienter und besser schützen



Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Gabriel unterzeichneten für Deutschland die Erklärung über die Teilnahme an der Verteidigungskooperation.

> Die EU schlage nun ein neues Kapitel auf, sagte Mogherini, die auch Vizepräsidentin der EU-Kommission ist. Die engere Zusammenarbeit „erleichtert gemeinsame Investitionen und Projekte, die wir so sehr brauchen, um die Möglichkeiten der EU zu stärken, glaubwürdig für ihre Bürger und weltweit für Sicherheit zu sorgen“, erklärte sie. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die mit Außenminister Sigmar Gabriel die Erklärung für Deutschland unterzeichnete, sprach von einem „großen Tag“ für Europa.

Gabriel nannte das Abkommen einen „Meilenstein“. Finanzielle Mittel für Sicherheit und Verteidigung ließen sich nun effektiver einsetzen. „Milliarden Steuergelder gehen jährlich zum Fenster raus für Verteidigungsausgaben, die den Anforderungen in einem drastisch veränderten Sicherheitsumfeld nicht gewachsen sind“, sagte Gabriel. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte schon bei seinen Vorschlägen für eine engere Verteidigungskooperation gemahnt, die Mitgliedstaaten müssten effizienter werden, indem sie etwa Waffensysteme und Ausrüstung gemeinsam entwickelten und einkauften. Die Europäer leisteten sich etwa 17 Kampfpanzertypen, während die USA mit einem auskämen. Durch gebündelte Beschaffung könnten nach Meinung der Kommission bis zu 30 Prozent der jährlichen Verteidigungsausgaben gespart werden.

Die an der strukturierten Zusammenarbeit teilnehmenden EU-Staaten verpflichten sich auf

eine Reihe gemeinsamer Grundsätze, darunter die regelmäßige „reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte, um die vereinbarten Ziele zu erreichen“. Nach der offiziellen Gründung sollen dann eine Reihe von Projekten ausgewählt werden. Die Mitgliedstaaten können jeweils selbst entscheiden, woran sie sich beteiligen wollen. Wenn sie aber mitmachen, wird die Teilnahme verbindlich – ein Unterschied zur bisherigen Kooperation. Zu möglichen gemeinsamen Projekten gehören:

- > Ein europäisches Sanitätskommando. In einem mobilen EU-Militärhospital könnten Mediziner flexibler und schneller eingesetzt werden als bisher.
- > Eine gemeinsame logistische Drehscheibe. Sie soll es erleichtern, bei Bedarf Truppen und militärische Ausrüstung zu Wasser, zu Land und in der Luft rasch zu transportieren, auch über EU-Binnengrenzen hinweg.
- > Eine gemeinsame Offiziersausbildung.

Darüber hinaus sollen die Armeen der PESCO-Staaten ihre Fähigkeiten und Kapazitäten an die 2004 gegründete Europäische Verteidigungsagentur melden. Dort werden die einzelnen Kräfte gebündelt. Auch beim Einsatz kleinerer „EU-Battlegroups“, zum Beispiel in Afrika.

Keine Konkurrenz zur NATO

Einige Dinge sind bereits auf den Weg gebracht. So wurde im Frühjahr eine gemeinsame EU-Kommandozentrale in Brüssel gegründet, von

In unruhigen Zeiten wünschen sich viele Europäerinnen und Europäer von ihren Regierungen und der EU mehr Schutz, auch vor Bedrohungen von außen. Dem wollen 23 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, nun Rechnung tragen, indem sie in Militär- und Verteidigungsfragen enger kooperieren. Sie unterzeichneten eine Erklärung zur Teilnahme an einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation - PESCO). Der offizielle Start von PESCO wird voraussichtlich im Dezember vom Ministerrat beschlossen. Die EU-Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini sprach von einer „historischen Errungenschaft“.

der aus so genannte nicht-exekutive militärische Aktionen geleitet werden. Derzeit kümmern sich EU-Missionen in diesem Rahmen um die Ausbildung von Militär in Mali, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik. Über den Europäischen Verteidigungsfonds stehen in diesem Jahr bereits 25 Mio. Euro für Erforschung und Entwicklung von Militärtechnologie zur Verfügung, bis Ende 2019 sind es 90 Mio. Euro.

Auf dem Tisch liegt ein Kommissionsvorschlag, für die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern bis Ende 2020 zunächst 500 Mio. Euro bereitzustellen. Eine Konkurrenz zur NATO soll es nicht geben, betonte die EU-Außenbeauftragte Mogherini. NATO und EU haben bereits 42 konkrete Vorschläge zur Kooperation ausgearbeitet. (frh) >

Durchbruch für militärische Zusammenarbeit

PESCO ist offen für alle

Nicht an der engeren Verteidigungskooperation beteiligen wollen sich derzeit das vor dem EU-Austritt stehende Großbritannien sowie Dänemark, Portugal, Irland und Malta. Die beiden letzteren haben kaum Militär und sind auch keine NATO-Mitglieder. Alle Länder könnten sich später noch anschließen, betonte die EU-Außenbeauftragte Mogherini. PESCO sei ein „inklusiv“ angelegtes Projekt.

NATURKATASTROPHEN

EU-Einsatzreserve soll Hilfe in Notfällen verbessern

Naturkatastrophen wie Überflutungen, Waldbrände, Dürren oder Erdbeben haben die EU-Staaten in den vergangenen Jahren häufiger getroffen als früher. Die EU will den Betroffenen in ihrer Notlage künftig schneller helfen können. Dazu hat die EU-Kommission die Stärkung des europäischen Zivilschutzmechanismus vorgeschlagen. Kern ist die Einrichtung einer durch die Kommission verwalteten Notfall-Einsatzreserve unter dem Namen „rescEU“. Vorgehalten werden sollen etwa Flugzeuge zur Bekämpfung von Waldbränden, spezielle Wasserpumpen, mobile Lazarette, medizinische Notfallteams und Such- und Rettungstrupps.



Die EU-Staaten sollen auch bei der Krisenprävention enger zusammenarbeiten. Etwa bei Katastrophenübungen wie hier in Ungarn.

> „Europa darf nicht tatenlos zusehen, wenn unsere Mitgliedstaaten unter Naturkatastrophen leiden und Hilfe brauchen“, erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Kein Land sei vor Katastrophen gefeit, die leider zur „neuen Normalität“ geworden seien. In solchen Fällen „will ich, dass die Europäische Union mehr anzubieten hat als nur Beileidsbekundungen. Europa ist ein Kontinent der Solidarität und wir müssen uns besser vorbereiten und den betroffenen Mitgliedstaaten schneller helfen“, sagte Juncker.

In diesem Jahr starben in der EU über 200 Menschen bei Naturkatastrophen, und mehr als eine Million Hektar Wald wurden vernichtet. Besonders schlimm wüteten Waldbrände in diesem Sommer nach einer Hitzewelle und trockenen Winden in Portugal und Spanien. Die örtlichen Feuerwehren und Retter wurden durch Helfer aus anderen EU-Staaten unterstützt, etwa durch Löschflugzeuge aus Spanien und Frankreich.

Freiwillige Hilfe stößt an Grenzen

Das bei der EU-Kommission angesiedelte Notfallhilfe-Koordinierungszentrum (ERCC) half bei der Vermittlung und bei der Erstellung von genauen Waldbrandkarten über das EU-Erdbeobachtungssystem Kopernikus. Doch müssen Helfer immer erst in anderen Mitgliedstaaten organisiert werden. Das wird besonders dann zum Problem, wenn mehrere Staaten gleichzeitig Hilfe brauchen. „Die Tragödien des vergangenen Sommers und der letzten Jahre haben gezeigt, dass unser derzeitiges auf Freiwilligkeit

beruhendes Katastrophenbewältigungssystem an seine Grenzen stößt“, sagte der für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar Christos Stylianides. Er forderte EU-Staaten und Europäisches Parlament auf, den Vorschlägen zur Stärkung des EU-Zivilschutzmechanismus zuzustimmen. Neben dem Aufbau der Einsatzreserve rescEU ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Vorbeugung vor Naturkatastrophen und der Vorbereitung auf Notfälle, etwa durch Katastrophenübungen, vorgesehen. Außerdem sollen Verwaltungsvorschriften vereinfacht und angeglichen werden, um den rascheren grenzüberschreitenden Einsatz von Rettungskräften zu ermöglichen.

Mehr Erstattung aus dem EU-Haushalt

rescEU soll komplett aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Das Budget bis Ende 2020 belaufe sich auf 280 Mio. Euro, sagte

Vorsorge verstärken

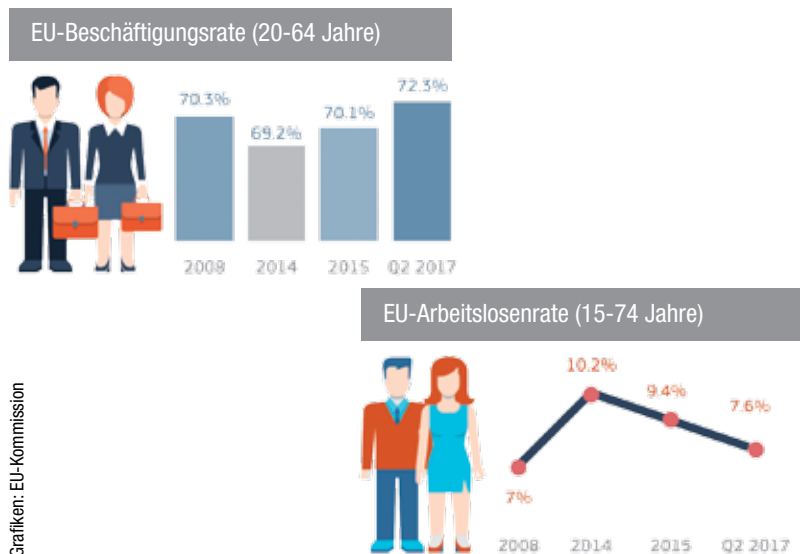
Nach dem Willen der EU-Kommission sollen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten, um Naturkatastrophen und ihren Folgen vorzubeugen. Etwa beim Hochwasserschutz, um das Risiko von Überschwemmungen zu mindern und Gebäude in gefährdeten Gebieten besser zu schützen. Es sollen auch Lehren aus Katastrophen gezogen und ausgetauscht werden, was etwa zu besseren Evakuierungsplänen bei Waldbränden führen könne.

Stylianides. Materialien wie Löschflugzeuge sollten an verschiedenen Orten in der EU vorgehalten und eher gemietet oder geleast als gekauft werden. Die Kommission kann die Reserve einsetzen, wenn nationale Ressourcen nicht mehr ausreichen. Mehr Unterstützung soll es auch für nationale Einsatzkräfte geben, die von den Mitgliedstaaten dem EU-Katastrophenschutz-Pool bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Bisher erstattet die EU nur die Transportkosten für solche Einsätze, künftig sollen auch Reparatur- oder Betriebskosten übernommen werden, so dass drei Viertel der Kosten eines Einsatzes in einem anderen Mitgliedstaat von der EU bezahlt werden.

In Deutschland ist die Hilfe bei Naturkatastrophen Sache der Bundesländer. Diese arbeiten dabei miteinander und mit dem Bund zusammen. Zur Koordinierung trägt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bei. In der Praxis stützen sich die Behörden auf freiwillige Helferinnen und Helfer in zahlreichen Katastrophenschutzorganisationen. Dazu gehören etwa die Feuerwehren, das Rote Kreuz und andere Unfall- und Rettungsdienste, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft oder das Technische Hilfswerk THW. Dem EU-Pool bietet Deutschland derzeit etwa schweres Bergungsgerät, Hochdruckpumpen, medizinische Notfallteams, mobile Labore, Wasserreinigungsanlagen sowie Ingenieurs- und technische Dienstleistungen an. >

■ Neues System bei Naturkatastrophen

Alle Teile der Gesellschaft sollen vom Wachstum profitieren



Die Wirtschaft in den EU-Staaten ist in einer besseren Situation als in den vergangenen Jahren. Die Konjunktur ist robust, das Wachstum so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr und die Arbeitslosenquoten so niedrig wie zuletzt 2008. Im kommenden Jahr müsse es darum gehen, durch „verantwortungsvolle Finanzpolitik“ und Strukturreformen den positiven Konjunkturtrend zu stützen und dafür zu sorgen, dass dieser allen Teilen der Gesellschaft zugute komme, schreibt die EU-Kommission in ihrem Jahreswachstumsbericht. Mit diesem leitete sie das Europäische Semester ein, in dem die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik aufeinander abstimmen.

➤ Das durchschnittliche Haushaltsdefizit werde im Euroraum 2018 voraussichtlich auf unter ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen, während es 2010 noch mehr als sechs Prozent betrug. „Doch verzeichnen mehrere Mitgliedstaaten nach wie vor hohe Schuldenstände, die ihre Möglichkeiten, Investitionen für die Zukunft zu tätigen, einschränken“, sagte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici. „Diese Länder sollten die aktuelle Gelegenheit dazu nutzen, ihre öffentlichen Finanzen auch in struktureller Hinsicht zu stärken, während Länder mit haushaltspolitischem Spielraum diesen zur Förderung von Investitionen zum Nutzen ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzen sollten“. Letzteres geht etwa an die Adresse der Bundesregierung.

Euro-Staaten mit Leistungsbilanzdefiziten oder hohen Auslandsschulden sollten sich um mehr

Produktivität bemühen, empfiehlt die Kommission. Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen und finanziellem Spielraum wie Deutschland sollten für mehr Investitionen sorgen und für steigende Löhne, um die Binnennachfrage anzukurbeln. Trotz des Wachstums in allen EU-Staaten stiegen die Löhne und Gehälter nur langsam.

Fester Bestandteil des „Europäischen Semesters“ ist ein „Warnmechanismusbericht“ zu makroökonomischen Ungleichgewichten. Bis zum Frühjahr will die Kommission dieselben zwölf Länder genauer unter die Lupe nehmen wie beim letzten Mal – darunter auch Deutschland wegen seines anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschusses, der unter anderem die Exportchancen anderer Länder mindert. Es seien im Euroraum „keine neuen, größeren Risiken“ dazugekommen, sagte Moscovici. Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss ist bisher als „Ungleichgewicht“ eingestuft worden, aber nicht als „übermäßiges“. Übermäßige Ungleichgewichte hat die Kommission im Februar Italien, Frankreich, Portugal, Kroatien, Bulgarien und Zypern attestiert. In Italien und Frankreich seien hohe Staatsverschuldung und schwache Produktivität wichtige Gründe dafür.

Italiens Schulden bereiten Sorgen

Wegen des Schuldenstands haben diese Länder auch bei der Bewertung ihrer Haushaltspläne für 2018 schlechte Noten bekommen. In Frankreich und Spanien, den zwei einzigen Euro-Staaten, gegen die noch Defizitverfahren laufen, komme die Konsolidierung nicht wie ge-

plant voran, Paris riskiere die Vorgaben des Stabilitätspakts erneut zu verfehlen. Italien werde wie auch Belgien voraussichtlich den Richtwert für den Schuldenabbau nicht einhalten. Die anhaltend hohe Staatsverschuldung von über 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Italien gebe „Anlass zur Sorge“, so die Kommission. Sie kündigte an, die Entwicklung in Italien im Frühjahr erneut zu bewerten.

Unter den Euro-Ländern halten Deutschland, Finnland, Lettland, Litauen, Luxemburg und die Niederlande die Vorgaben des Stabilitätspakts vollständig ein. Bei Estland, Irland, Malta, Zypern und der Slowakei sei das „weitgehend“ der Fall, hier sieht die Kommission die mittelfristigen Haushaltsziele nicht völlig gesichert. In Belgien, Italien, Portugal, Slowenien und Österreich gebe es ein Risiko, dass die Vorgaben des Stabilitätspakts nicht erfüllt werden, da die Haushaltsplanung „erheblich“ vom Anpassungspfad für die mittelfristigen Ziele abweiche.

Das seit 2008 gegen den Nicht-Euro-Staat Großbritannien laufende Defizitverfahren soll jetzt eingestellt werden, empfiehlt die Kommission dem EU-Finanzministerrat. London habe sein übermäßiges Defizit fristgerecht und dauerhaft korrigiert. Nicht bewertet wurde die Haushaltsplanung von Griechenland, da sich das Land im internationalen Hilfsprogramm befindet und dort von den Gläubigern kontrolliert wird. (frh) >

■ *Europäisches Semester*

Stärkung der Währungsunion

Die derzeit günstige Konjunktur müsse auch genutzt werden, „unsere Wirtschafts- und Währungsunion weiter zu stärken und unsere Volkswirtschaften widerstandsfähiger und inklusiver zu machen“, forderte der für den Euro zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Am 6. Dezember will die Kommission konkrete Vorschläge dafür vorlegen. Mitte Dezember ist eine Diskussion der EU-Staats- und Regierungschefs darüber geplant.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 27.11.2017 18.00 Uhr	„Wo schlägt das Herz Europas? Auf der Suche nach einem europäischen Narrativ“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Stuttgart	Haus der Katholischen Kirche Königstraße 7 70173 Stuttgart	www.europe-direct-stuttgart.de/
> 27.11.2017 18.30–21.00 Uhr	„Jederzeit und überall: Die EU und der Terror“ Diskussionsreihe „Sicherheit in Europa“ Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Kapelle in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche Breitscheidplatz 10789 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/jederzeit-und-ueberall-die-eu-und-der-terror/
> 27.11.2017 19.00–21.00 Uhr	„Von Entwicklungsfonds, Marshallplänen und Migrationsinitiativen: Neue Impulse für die EU-Afrika-Partnerschaft?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Info-Point Europa, Europa-Union Hamburg	Katholische Akademie Hamburg Herrengraben 4 20459 Hamburg	www.infopoint-europa.de/veranstaltungen/eigene/entwicklungsfonds-marshallplaenen-und-migratio
> 28.11.2017 20.00–21.00 Uhr	„Europa liest/singt/spielt“ Solo-Konzert und Gespräch mit dem Musiker STOPPOK Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/news/terminvorschau_de
> 30.11.2017 09.00–16.15 Uhr	„Ein Europa, das die Bürgerinnen und Bürger schützt – in der EU, in Deutschland und in Hessen?“ Workshop für Regionaljournalisten Veranstalter: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	Regierungspräsidium Darmstadt Luisenplatz 2 64283 Darmstadt	Anmeldung erforderlich unter pressestelle@rpd.hessen.de
> 30.11.2017 18.15 Uhr	„Einheit und Differenz in der EU der Zukunft – Überlegungen im Lichte des aktuellen Weißbuch-Prozesses der Europäischen Kommission“ Vortrag Veranstalter: Humboldt European Law School, Walter Hallstein-Institut	Festsaal der Humboldt-Universität Luisenstraße 56 10115 Berlin	www.european-law-school.eu/de/veranstaltungen/gastvortrag-von-prof-dr-christian-calliess
> 01.–02.12.2017 07.30 Uhr	„Für Europa und die EU werben“ Rhetorikseminar Veranstalter: Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	CVJM Huberhaus Wenigerode Mühlental 2 38855 Wernigerode	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/74713/
> 06.12.2017 15.00–18.00 Uhr	„Wie weiter in der EU? Die Zukunft der Europäischen Verteidigung - Was ist nötig, damit es besser funktioniert?“ Seminar Veranstalter: Europa-Abteilung der Bevollmächtigten Bremens beim Bund	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.europa.bremen.de/europa_vor_ort/detail.
> 07.–08.12.2017 09.30 Uhr	Abschlusskonferenz des Projekts „Alternative Europa!“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Institut für Europäische Politik und Partner	Deutsches Architektur Zentrum DAZ Köpenicker Str. 48-49 10179 Berlin	http://iep-berlin.de/blog/forum/alteu-abschlusskonferenz/
> 07.12.2017 19.30–21.30 Uhr	„Japan - wichtiger Partner der EU“ Vortrag und Gespräch Veranstalter: Europa-Union-Deutschland	Presseclub Wiesbaden Wilhelmstraße 19 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2017/dezember/7/termin/einzel/japan_wichtiger_partner_der_eu.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2017

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

Print  **kompensiert**
ID-Nr. 1768217
www.bvdm-online.de



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

DEUTSCHE KONTAKTSTELLE BIETET INFORMATIONEN AN

EU fördert auch Projekte von Bürgerinnen und Bürgern



Das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bietet finanzielle Unterstützung für bürgernahe Projekte in Europa, wie internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern.

Die deutsche Kontaktstelle für das Programm (KS EfBB) informiert darüber, welche Möglichkeiten der Förderung es gibt und welche Anträge dafür gestellt werden müssen. Ein Weg sind Informationsveranstaltungen an verschiedenen Orten. Zwei davon finden zum Beispiel am 1. Dezember statt: In Neuss geht es um eine Einführung in das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, es werden Beispiele geförderter Projekte vorgestellt. In Erfurt lautet der Titel „Bürgerschaftliches Engagement und Entwicklungspolitik im europäischen Kontext“. Die Kontaktstelle betreut Interessierte auch während der Antragstellung. Dazu findet etwa am 29. November ein Seminar in Bonn statt.

■ [Veranstaltungen der Kontaktstelle Deutschland](#)

ÖFFENTLICHE KONSULTATION GESTARTET

Vorschläge zur Eindämmung von Falschnachrichten gesucht

Im kommenden Frühjahr will die EU-Kommission eine Strategie zum entschiedenen Vorgehen gegen Falschmeldungen (Fake News) vorlegen. Anregungen dafür sammelt sie über eine öffentliche Konsultation, an der sich bis zum 23. Februar alle Interessierten beteiligen können. „Wir leben in einer Zeit, in der die Flut der Informationen und Desinformationen beinahe unbeherrschbar geworden ist“, sagte der Erste Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. „Deswegen müssen wir unseren Bürgern Instrumente an die Hand geben, die ihnen helfen, Fake News zu erkennen, das Vertrauen in Online-Medien zu stärken und die Informationen, die sie erhalten, zu bewältigen“, erklärte er.



In der Konsultation geht es ausschließlich um Fake News und gezielte Desinformationen, die nicht illegal und damit Gegenstand von bereits bestehenden Rechtsvorschriften sind.

■ [Öffentliche Konsultation zu Fake News](#)

SOZIALE MEDIEN

Vertretung der EU-Kommission in Deutschland veröffentlicht Ausschreibung



Die Europäische Kommission schreibt Beratungsleistungen im Bereich Soziale Medien für ihre Vertretung in Deutschland aus. Die Ausschreibung ist unter der Referenznummer PO/2017-14/BER auf der unten angegebenen Internetseite abrufbar. Es geht um technische und strategische Unterstützung bei den Aktivitäten der Kommissionsvertretung in den sozialen Medien. Ziel ist es, die Europäische Union, deren Politik und ihre Institutionen einem breiten Publikum oder spezifischen Zielgruppen zu erklären. Der Beratungsvertrag soll für ein Jahr abgeschlossen werden. Er ist dreimal um jeweils 12 Monate verlängerbar. Angebote müssen die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland bis zum 22. Dezember erreichen.

Ausschreibungen für öffentliche Aufträge der EU-Kommission werden auf der Website <http://ted.europa.eu/TED/main/HomePage.do> von TED (Tenders Electronic Daily) veröffentlicht. TED erscheint täglich und informiert unter anderem über öffentliche Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge aus allen Mitgliedstaaten der EU, über öffentliche Aufträge der EU-Institutionen und über Aufträge aus dem Europäischen Wirtschaftsraum.

■ [Zu den Ausschreibungsunterlagen](#)

BÜRGERDIALOGE

Über die Zukunft der EU mitdiskutieren

Die europäische Integration kann dauerhaft nur gelingen, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern Europas getragen wird. Die Menschen in den Mitgliedstaaten haben bei zahlreichen Veranstaltungen die Möglichkeit, ihre Ansichten bei Bürgerdialogen einzubringen. Unter anderem stellen sich dort Vertreter der EU-Kommission in Deutschland der Diskussion. Hier eine Auswahl der kommenden Veranstaltungen:

- > 28.11. „Welche Zukunft für die Europäische Union wollen wir?“ EISENHÜTTENSTADT
- > 1.12., „Europa kontrovers. Europäische Solidarität – Welchen Weg geht die EU?“, FRANKFURT/ODER
- > 5.12. „Flucht und Migration. Wie soll die EU handeln? Was haben wir damit zu tun?“, LÜBBEN
- > 4.12. „Europäische Solidarität: Was darf's kosten? Mit EU-Kommissar Günther Oettinger, BERLIN
- > 7.12., „Und jetzt Europa? Wir müssen reden!“, DRESDEN
- > 12.12., „Flucht und Migration: Wie soll die EU handeln? Was haben wir damit zu tun?“, BRANDENBURG

■ [Alle Termine](#)